



Niederschrift

29. Plenarsitzung des Gemeinderates
19. Oktober 2021, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

29.

Punkt 28 der Tagesordnung: Einrichtung eines zweiten Anti-Graffiti-Mobils

Antrag: AfD

Vorlage: 2021/1162

Beschluss:

Verwiesen in die Haushaltsberatungen

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 28 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadträtin Fenrich (AfD): Ich bin eben gerade von meinem Kollegen darauf aufmerksam geworden, dass ich Sie unzulässiger Weise mit Herrn Bürgermeister angesprochen habe. Da bitte ich um Entschuldigung. Also, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, wer mit wachen Augen durch die Stadt geht, sieht eigentlich, wie die Stadt an manchen Stellen tatsächlich aussieht. Da ist Schmutz auf der Straße, an den Gebäuden, Schmierereien, Beklebungen.

Der Anlass dieses Antrags war für mich, als ich eines Morgens aus dem Fenster schaute und ein Müllauto fuhr an meinem Haus vorbei, und es war total verschmiert mit irgendwelchen, ja, Farbkleksen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das junge Künstler waren, die sich hier austoben durften, sondern dass es wirklich Vandalismus war. Und dieser Vandalismus, diese Schmierereien, das ist nicht nur unschön, sondern das vermittelt den Bürgern auch ein gewisses Unbehagen. Unbehagen nicht nur deshalb, weil öffentliches Eigentum beschädigt wird, sondern auch, die Leute sagen sich doch, na wenn irgendwo so was in der Stadt auch anzutreffen ist, dann guckt da keiner, da gehe ich auch nicht hin, da passiert mir vielleicht irgendwas. Und das ist in der Tat so und das sind nicht nur alte Menschen, sondern das geht quer durch die Bevölkerung und dass die Stadt immer mehr darunter leidet, ich glaube, das ist offensichtlich, und

das wird hier sicherlich auch keine Fraktion bestreiten. So, das zum Inhalt. Die Verwaltung schreibt dann, das ist nicht zu stemmen, es wären zwei Leute erforderlich, die eingestellt werden müssten. Da kann ich doch dazu sagen, wenn ich das noch recht in Erinnerung habe, durch die Einführung der Gelben Tonnen ab 01.01.2023 wird Personal freigesetzt und da hat auch die Verwaltung gesagt, man muss ein Konzept finden, wie man diese Leute wieder unterbringt. Das ist das erste zum Personal, also werden das keine Mehrkosten.

Das zweite ist das Elektrofahrzeug. Da gebe ich zu bedenken, ob es vielleicht auch ein Erdgas betriebenes Fahrzeug täte, das günstiger wäre, auch CO₂-frei fahren könnte und von der Entsorgung, Batterien etc. keine Probleme gäbe. Und dann gebe ich noch zu bedenken, wenn man das ablehnt, gehört es nicht eigentlich zu der Daseinsvorsorge? Das ist eine Reinigung. Es sind doch keine freiwilligen Leistungen, die wir hier ansprechen, sondern es gehört zur Daseinsvorsorge. Eine Stadt hat sauber zu sein. Von daher denke ich, gibt es eigentlich kein Problem. Das müsste gemacht werden können. Und dann würde ich Ihnen vielleicht anbieten, jetzt, wo ich alles gesagt habe, was mir auf dem Herzen liegt, dass wir diesen Antrag vielleicht später im Rahmen der Haushaltsberatungen einstellen werden. Dann könnte sich in dem Zusammenhang die Verwaltung noch einmal Gedanken machen, was ich jetzt gesagt habe zu freiwilligen Leistungen oder Pflichtleistungen, erstens, und zweitens gasbetriebenes Fahrzeug günstiger als ein Elektrofahrzeug. Dann ließe sich vielleicht in dieser Richtung etwas machen, und das Erscheinungsbild Karlsruhes wäre dann attraktiver, und die Leute würden sich auch sicherer fühlen.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Wir stimmen der Stellungnahme der Stadtverwaltung zu. Es ist in der Tat so, es wäre ein Antrag für den Haushalt. Allerdings ist auch dargestellt worden, dass die Mittel nicht vorhanden sind. Insoweit können wir ohnehin nicht zustimmen und stimmen der Stadtverwaltung zu.

Stadtrat Müller (CDU): Sicherlich hätte man über einen solchen Antrag zu anderen Zeiten etwas detaillierter diskutieren können, nämlich zu den Zeiten, als wir eine andere Haushaltslage hatten, vielleicht sogar im günstigsten Fall mit einem deutlichen Haushaltsüberschuss, unabhängig davon, ob wir tatsächlich den Bedarf haben, an einem weiteren sogenannten Anti-Graffiti-Mobil. Frau Fenrich, Sie tun gerade so in der Dramaturgie Ihres Wortbeitrages, als hätten wir ein solches Mobil nicht. Wir haben es ja schon. Also, von dem her glaube ich, kann man von allem immer gerne mehr haben, aber man muss es auch bezahlen können. Und da beißt sich letztendlich in dem Antrag die Katze in den Schwanz. Denn langen Sie der besagten Katze dann in die Tasche, in die leere, da haben Sie nämlich nichts drin. Also, von dem her stellen Sie von mir aus auch Ihren Antrag zum Haushalt. Ich finde ihn an der Stelle um die Gesamtlage des Haushaltes so, wie sie auch von unserer Ersten Bürgermeisterin sehr eindrucksvoll dargelegt wurde, nun wirklich nicht zielführend.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Der Antrag der AfD hat sicherlich einen löblichen und sehr positiven Hintergrund. Das empfinden viele Bürgerinnen und Bürger so, dass es in der Stadt an vielen Stellen verschmiert und versifft ist. Aber ich glaube, wir könnten noch zwei und drei weitere solcher Graffiti-Mobile oder Antischmierfink-Kommissionen einsetzen, würden wir der Schmiere und dem Dreck nicht Herr werden. Ich finde, man muss das Problem vielleicht einmal von einer anderen Seite aufzäumen. Man muss eigentlich verhindern, dass alles vollbeschiert und besprayed wird. Und in diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal auf das CIMA-Gutachten verweisen. Da steht nämlich drin, dass im Vergleich zu anderen Städten unserer Größe die soziale Kontrolle in der Innenstadt sehr schwach ausgeprägt ist. Und das müsste uns

eigentlich zu denken geben. Da habe ich auch ein bisschen Hoffnung. Wenn wir jetzt die Innenstadt erneuern und umbauen und die Kaiserstraße nach Inbetriebnahme der Kombilösung und es unweigerlich auch zu mehr Wohnraum kommen wird in der Innenstadt, dass auch die soziale Kontrolle wieder größer ist. Nur letztendlich ist es besser, die Schmierereien im Vorhinein zu verhindern, als im Nachhinein zu sagen, wir schaffen jetzt noch zwei, drei, vier, fünf solcher Autos an, die alles wieder entfernen müssen.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortbeiträge. Ich würde es in die Haushaltsberatung verweisen, und dann können wir da abstimmen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
25. November 2021